Worum geht es dem Mouvement écologique wirklich?

Vergangene Woche hat der Mouvement écologique einmal mehr zu einem Rundumschlag gegen die Landwirtschaft und die derzeitige Agrarpolitik ausgeholt. Im Rahmen einer Pressekonferenz wurde das Kommissionsdokument mit den 308 zum hiesigen PDR formulierten Bemerkungen kommentiert und so gewertet, als habe die EU-Kommission den Luxemburger PDR verworfen, gleichzeitig wurde auch die gesamte Landwirtschaft (oder fast) bzw. die Landwirtschaftspolitik auf unverantwortliche Art und Weise miesgeredet.

Auf die Auseinandersetzungen zwischen Landwirtschaftsministerium und Mouveco, wer zu welchem Zeitpunkt im Besitz der Stellungnahme der Kommission war, wollen wir an dieser Stelle nicht eingehen.

Fakt ist jedoch, daß das Landwirtschaftsministerium besagtes Dokument bis zum heutigen Tag der Bauernzentrale nicht zugestellt hat, auch nicht der Landwirtschaftskammer, daß auch bis zum heutigen Tag kein diesbezüglicher Austausch zwischen Landwirtschaftsministerium und landwirtschaftlicher Berufsvertretung stattgefunden hat. Es ist dies zumindest eine sonderbare Vorgehensweise von Seiten des Landwirtschaftsministeriums, die sehr kritisch bewertet werden muß, die auch sämtliche Beteuerungen über Transparenz und Dialog mit dem Beruf Lügen straft. Gerade in einem so wichtigen Dossier wie dem PDR, mit dem die mittel-und langfristigen Ausrichtungen und Entwicklungen in der Landwirtschaft maßgeblich bestimmt werden, hätte man eine offenere Vorgehensweise erwarten dürfen.

Besagtes Kommissionsdokument zum nationalen PDR wurde inzwischen mehrfach im Internet publik gemacht und kann somit von jedem eingesehen werden.

Als Reaktion auf die Aussagen des Mouveco weist das Landwirtschaftsministerium in einer Pressemitteilung darauf hin, daß es in der Prozedur vorgesehen ist, "daß die Kommission Nachfragen, Vorschläge und Anregungen zu den eingereichten Programmen an die Mitgliedstaaten senden kann". In der Tat gehört es praktisch zur normalen Genehmigungsprozedur, daß die Dienststellen der Kommission Rückfragen an das jeweilige Land bzw. an die Region formulieren, zusätzliche Angaben oder Präzisionen einfordern, daß sie auch die eine oder andere Maßnahme kritisch, ob auf diplomatischere oder auf direktere Art und Weise, bewerten, dieselbe beanstanden oder glattweg zurückweisen. Dies war bereits der Fall bei den vorherigen ländlichen Entwicklungsprogrammen, dies ist auch bei anderen Mitgliedstaaten der Fall und soll deshalb auch nicht als außergewöhnlich dargestellt werden.

Die Bewertungs- und Genehmigungsprozeduren der ländlichen Entwicklungspläne oder -programme auf Kommissionsebene sind schwerfällig und langwierig und die Kommissionsbeamten täten, so wie in anderen Dossiers, oftmals besser daran, mehr Praxisnähe und Realitätssinn walten zu lassen. Laut rezenten Angaben der Kommission wurden europaweit bislang insgesamt erst neun von 118 eingereichten Programmen genehmigt; in naher Zukunft würden 18 weitere folgen, alle anderen erst nach der Korrektur des Mehrjährigen Finanzrahmens, die für die erste Maihälfte erwartet werde.

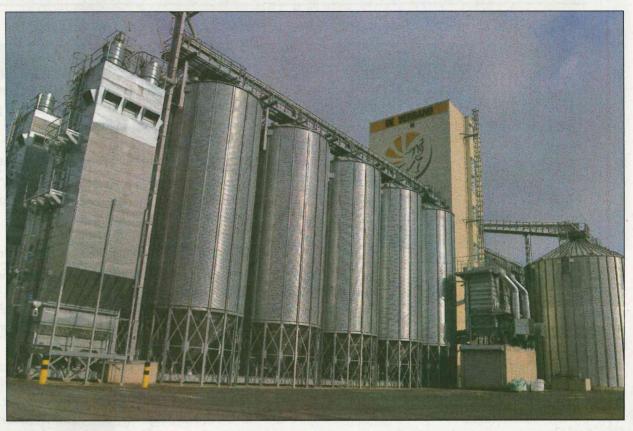
Mit den nun im PDR vorzunehmenden Ergänzungen und Abänderungen sowie den vorgenannten schwerfälligen Genehmigungsprozeduren auf Kommissionsebene riskiert demnach noch sehr viel Zeit zu vergehen. Damit wird sich auch die definitive Fertigstellung und Verabschiedung des neuen Agrargesetzes weiter hinausschieben, mit allen negativen Folgen für die Betriebe in bezug auf den Zugang zu den verschiedenen Fördermaßnahmen.

Auch wenn, wie vom Landwirtschaftsministerium angekündigt, ein neues Agrargesetz vor der definitiven Genehmigung des PDR durch die Brüsseler Instanzen verabschiedet werden soll, bleibt die Rechtunsicherheit für die Betriebe bestehen, damit auch ungemindert die negativen Auswirkungen des Fehlens eines zuverlässigen legislativen Förderrahmens.

Es ist dies eine Tatsache, die auch das Landwirtschaftsministerium nicht schönreden kann.

Das Landwirtschaftsministerium kann auch nicht wegreden, daß es mit dem PDR zu einer spürbaren Kürzung der Fördermaßnahmen für die landwirtschaftlichen Betriebe kommt, eine Tatsache, die die Bauernzentrale wiederholt kritisiert hat.

Die vom Mouveco aufgeführten Kritiken müssen allerdings als haltlos bzw. falsch und hämisch zurückgewiesen werden. Dem PDR bzw. dem Landwirtschaftsministerium wird vom Mouveco vorgeworfen, nicht genügend auf Boden-, Natur- und Wasserschutz sowie Biodiversität zu achten, die Pflanzenschutzproblematik zu ignorieren, mit dem Gießkan-



Am Freitag vergangener Woche fand der Ortsdelegiertentag der Bauernzentrale in Perl-Besch statt, wo die neuen Einrichtungen von De Verband besichtigt wurden (siehe Seite 4).

nenprinzip bei der Landschaftspflegeprämie und der Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete vorzugehen, die Biolandwirtschaft nicht genug zu unterstützen, unnütze oder unberechtigte Agrarumweltmaßnahmen wie Heckenpflege, Extensivierung von Grünland oder Weideprämie vorzusehen... Mit Schlagwörtern wird operiert, einfach mal ein paar Zahlen in die Welt gesetzt, ... und schließlich dann gemeint, nicht nur das Landwirtschaftsministerium habe seine Aufgabe nicht anständig gemacht und drastische Fehler begangen, auch die Bauernzentrale würde an einem überholten Agrarmodell festhal-

Bei seiner Kritik via PDR gegenüber dem Landwirtschaftsministerium mit einem wahrscheinlich zum Schein eingefügten kleinen Seitenhieb auf das Nachhaltigkeitsministerium unterläßt der Mouvement écologique bewußt, eine Reihe von Fakten zu erwähnen. So wird nicht erwähnt, daß die Arbeiten bezüglich der Ausweisung der Wasserschutzgebiete aktiv vorangetrieben werden und die Landwirtschaft sich stets bereiterklärt hat, ihren Beitrag zu sauberem Trinkwasser zu leisten; es wird nicht erwähnt, daß die Landschaftspflegeprämie an eine Vielzahl von Auflagen in bezug auf den Erhalt der Strukturelemente und die Bewirtschaftungsmethoden gebunden ist,

daß mit den Agrarumweltmaßnahmen seit langem ein wesentlicher Beitrag zur Artenvielfalt und zum Bodenschutz geleistet wird. Absolut unpassend und irreführend sind die Anmerkungen zu den benachteiligten Gebieten. Die entsprechende Entschädigung wurde vor rund 40 Jahren auf EU-Ebene eingeführt, um natürlich bedingte Nachteile auszugleichen - bei der anstehenden Neuabgrenzung der benachteiligten Gebiete wird nach biophysikalischen Kriterien wie Hanglage oder Bodenbeschaffenheit verfahren. Falsch ist es demnach, hierbei allein Umwelterwägungen aufzuführen oder zu meinen, die entsprechende Ausgleichszulage sollte beispielsweise nur für Natura 2000-Gebiete gelten. Die Liste könnte weitergeführt wer-

Der Mouveco nimmt das Kommissionsdokument jedenfalls zum Anlaß, um ungeniert und unnuanciert gegen die konventionelle Landwirtschaft und vor allem gegen die derzeitige Agrarpolitik zu wettern: Alles was nicht grün ist, was nicht Bio ist, was nicht ausschließlich auf Natur- und Wasserschutz ausgerichtet ist, was vor allem nicht zu 100% den Vorstellungen und Wünschen des Mouveco oder der Ökoloby entspricht, wird kritisiert, zerredet, zurückgewiesen, selbst wenn dabei auf fragwürdige bzw. nicht

stichhaltige Argumente zurückgegriffen werden muß oder objektive Fakten wissentlich ignoriert werden.

Die Tragweite und Bedeutung der von der Kommission aufgeführten Punkte zum PDR sollen hier keineswegs verschönert oder heruntergespielt werden – sie bedingen in der Tat etliche Anpassungen, bedeuten aber keineswegs, wie auch das Landwirtschaftsministerium schreibt, daß der PDR von der Kommission verworfen worden wäre.

In dem Sinn kommt man denn auch nicht umhin, sich die Frage zu stellen, welches die wahren Absichten sind, die der Mouvement écologique mit seiner Aktion verfolgt. Geht es ihm wirklich nur noch um mehr Natur-, Umwelt-, Wasser- und Bodenschutz, um mehr Geld für Leistungen in diesen Bereichen? Reichen seine Bestrebungen nicht sehr viel weiter?

Um so mehr erwartet die Bauernzentrale, und dies ist weder Polarisierung noch Polemik, daß Landwirtschaftsminister Etgen endlich die politische Courage aufbringt, die Interessen und Belange der Landwirtschaft gegenüber der Ökolobby, auch gegenüber dem Umweltministerium durchzusetzen. Die Agrarpolitik kann und darf nicht nur noch nach Umwelterwägungen ausgerichtet werden.

